

An den/die

Bürgermeister/Bürgermeisterin

Herr
Wolfgang Jungnitsch
Rathausplatz 4
52531 Übach-Palenberg

Stadt ÜBACH-PALENBERG		
Eing.	06. Feb. 2020	
Abt.:		

Anregung nach §24 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Aufruf zur Stilllegung von Datteln 4

Der Rat von Übach-Palenberg möge beschließen:

Die Stadt / Gemeinde Übach-Palenberg wendet sich mit einem Schreiben an die Landesregierung Nordrhein-Westfalens, um die Stilllegung des Kohlekraftwerks Datteln 4 einzufordern unter dem besonderen Hinweis auf die Auswirkungen zusätzlicher Treibhausgasemissionen auf den kommunalen Haushalt, die kommunale Infrastruktur und die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger in der Kommune.

Begründung:

2015 haben in Paris nahezu alle Staaten der Welt vereinbart, die globale Erwärmung möglichst bei 1,5°C, jedenfalls aber deutlich unter 2°C zu begrenzen [1]. Der Weltklimarat betont, dass bereits eine globale Erwärmung von 1,5°C erhebliche Risiken birgt, die bei 2°C noch weiter ansteigen würden [2].

Nachdem sich dessen Einschätzungen bereits mehrfach als zu zurückhaltend herausgestellt haben [3], warnen namhafte Klimaforscherinnen und -forscher, dass sich die Erwärmung bei etwa 2°C verselbständigen [4] und zum Zusammenbruch der menschlichen Zivilisation führen könnte [5].

Die aktuellen Messungen zeigen auf, dass die Erwärmung der Erde bereits die Schwelle von

1,2°C überschritten hat [6].

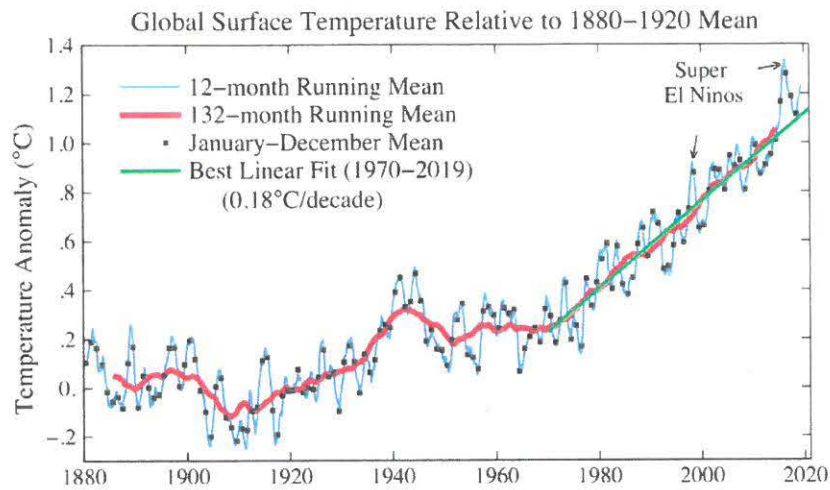
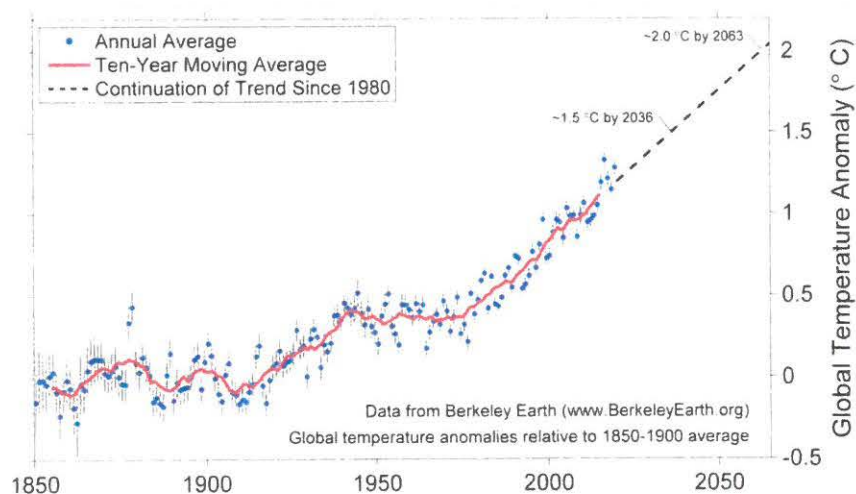


Figure 1.1. Global surface temperature relative to the 1880–1920 mean. The 12-month running mean (blue line) shows the annual cycle, the 132-month running mean (red line) shows the decadal trend, and the black dots show the annual mean. The green line is the best linear fit to the 1970–2019 data, showing a warming of 0.18°C per decade. The 'Super El Ninos' event is highlighted around 1998.

Sollte sich der aktuell zu beobachtende Trend der Temperaturerhöhung ungebremst weiter fortsetzen, wäre bereits im Jahr 2036 die kritische Grenze von 1.5°C erreicht. [7]



Die Ereignisse in Australien und Südostasien mit zerstörerischen Buschbränden und Überschwemmungen sind nur ein Vorspiel zu den Bedrohungen, mit denen wir zu rechnen haben, wenn der Klimawandel aufgrund steigender Treibhausgaskonzentrationen weiter voranschreitet. Bereits heute ist Deutschland an führender Stelle unter den Nationen gelistet, die vom Klimawandel betroffen sind. Laut einem Ranking der Entwicklungsorganisation Germanwatch wurde Deutschland in 2018 erstmals zu den drei am stärksten von Extremwetter betroffenen Staaten gezählt – aufgrund von Hitzewellen, Stürmen und Dürren [8].

Wegen der verheerenden Situation in den Wäldern haben der Bund Deutscher Forstleute (BDF) und der Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen den Klimanotstand für die Wälder ausgerufen [9]. Großflächige Schäden an kommunalen Bäumen und Wäldern erreichen bedrohliche Ausmaße wie z.B. in Frankfurt am Main, wo 97 Prozent des Stadtwaldes geschädigt sind. [10]

In dem regelmäßigen Bericht einer internationalen Expertenkooperation, der im November 2019 erstmals auch in Deutschland vorgestellt wurde, weisen die Medizinerinnen und Mediziner darauf hin, dass ein Kind, das heute geboren wird, eine Welt erleben wird, die mehr als 4°C wärmer sein wird als vor dem Industriezeitalter. [11] In der Handlungsempfehlung für Deutschland wird insbesondere hingewiesen auf die gesundheitlichen Folgen durch Hitzebelastung und Luftverschmutzung. Das Robert-Koch-Institut schätzt, dass im Sommer 2018 allein in Berlin rund 490 Menschen aufgrund der Hitzeeinwirkung zu Tode gekommen sind. [12]

Die NRW-Umweltministerin Ursula Heinen-Esser hat 2019 in einer Pressemitteilung erklärt: "Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel sind dringend notwendig. Ich verrate Ihnen nichts Neues, wenn ich hinzufüge: Sie können auch kostspielig sein." [13] Weiter teilt das Ministerium zum Thema 'Klimaanpassung' mit: „Bei der Anpassung an den Klimawandel stehen die Regionen, das heißt die Länder und Kommunen vor besonderen Herausforderungen: Die Europäische Kommission schätzt, dass die meisten Anpassungsmaßnahmen auf regionaler und lokaler Ebene getroffen werden müssen, da sich die Klimaänderungen in ihrer Art und Weise und in ihrem Ausmaß von Region zu Region unterschiedlich zeigen.“ [14]

In einer Pressemitteilung warnt der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes NRW, Dr. Jürgen Schneider: "Wer verantwortungsvoll und mit Weitsicht handelt, der muss sich auf eine Zunahme von Extremwetterereignissen einstellen und vorbeugen. Wir haben es vermehrt mit Hitze und Trockenheit zu tun, aber auch mit Stürmen und Starkregen". [15]

Der Vizepräsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB) und Bürgermeister der Stadt Bergkamen, Roland Schäfer, warnt gemeinsam mit Norbert Portz, Beigeordneter des DStGB, dass die Kommunen die Maßnahmen zur Klimafolgenanpassung nicht allein schultern könnten: „Extremwetterereignisse, ob Dürre, Orkane oder Hochwasser, fordern gerade die Kommunen heraus. So waren infolge der Dürre 2018 nicht nur die Flüsse nicht mehr schiffbar. Auch Seen in den Kommunen waren 'gekippt', Tiefbrunnen ausgetrocknet und Pflanzen verdorrt.“ [16]

Der Klimawandel stellt für die Kommunen bereits heute eine gewaltige Belastung dar:

- Kosten der Klimaanpassung wirken sich auf den Haushalt aus.
- Extremwetterereignisse wie Starkregen, Hitze und Dürre bedrohen die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger.
- Kommunale Infrastrukturen wie Kanalisation, Straßen und Gebäude sind bisher unbekannten Belastungen durch Extremwetterereignissen wie langandauernde Hitzeperioden ausgesetzt.

Vor diesem Hintergrund hat die Kommune ein herausragendes Interesse an einer schnellen Umsetzung von Klimaneutralität in Deutschland, damit so der vereinbarte und erforderliche Beitrag Deutschlands zum weltweiten Klimaschutz rasch realisiert werden kann. Für Deutschland

entspricht Klimaneutralität bis Mitte der 2030er Jahre dem Minimalziel des Pariser Übereinkommens [17].

Jede Verzögerung bei der Umsetzung von Klimaneutralität widerspricht dem ureigensten Interesse einer Kommune.

Aus kommunaler Sicht ist daher der Ausstiegsplan aus der Nutzung von Kohle in Deutschland völlig unzureichend, da erst 2038 die letzten Kohlekraftwerke ihren Betrieb einstellen werden. Mit Datteln 4 würde diese Situation weiter verschlimmert. Dieses Kraftwerk ist in den bisherigen Verhandlungen nicht berücksichtigt worden und wird neu in den Ausstiegsplan integriert. Die Inbetriebnahme dieses Kraftwerks führt zu einem erhöhten Ausstoß an Treibhausgasen im Vergleich zu einem Ausstiegsplan ohne Datteln 4. [18]

Trotz weltweiter Bemühungen über Jahrzehnte, den Ausstoß von Klimagasen zu reduzieren, nimmt deren Konzentration Jahr um Jahr zu. Alle Maßnahmen, dem Klimawandel entgegen zu wirken, haben bisher keinen Erfolg gezeigt. Datteln 4 würde einen Beitrag dazu leisten, diesen verheerenden Trend weiter fortzuschreiben, obwohl ein Ausstieg aus der Kohle technisch möglich ist und von einer Mehrheit der Politik beschlossen wurde. Es steht darüber hinaus zu befürchten, dass ein nur wenige Jahre betriebenes Kraftwerk nicht rechtzeitig abgeschaltet wird zur Erreichung von Klimaneutralität bis Mitte der 2030er Jahre. Stattdessen könnte Datteln 4 die Nutzung fossiler Energieträger in bedrohlicher Weise weiter in die Zukunft fortschreiben.

Die Kommune muss Verantwortung für den Schutz ihrer Bürgerinnen und Bürger und für die Sicherung ihrer finanziellen Grundlagen übernehmen. Dies kann nur gewährleistet werden, wenn Treibhausgasemissionen rasch, konsequent und vollständig reduziert werden. Daher muss sich die Kommune für eine Stilllegung von Datteln 4 bei der Landesregierung einsetzen.

Einzelnachweise

- [1] Die deutsche Version ist abrufbar unter
https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Klimaschutz/paris_abkommen_bf.pdf
- [2] Vgl. dazu den Sonderbericht über 1,5 °C globale Erwärmung; die deutsche Zusammenfassung für politische Entscheidungsträger findet sich auf <https://www.de-ipcc.de/128.php>, das Original auf <http://www.ipcc.ch/report/sr15/>
- [3] <https://www.klimafakten.de/behauptungen/behauptung-der-ipcc-betreibt-panikmache>
- [4] <https://www.pik-potsdam.de/aktuelles/pressemitteilungen/auf-dem-weg-in-die-heisszeit-planet-koennte-kritische-schwelle-ueberschreiten> und
<https://www.nature.com/articles/d41586-019-03595-0>
- [5] <https://www.breakthroughonline.org.au/whatliesbeneath>;
anschaulich: https://www.youtube.com/watch?v=FoMzyF_B7Bg
- [6] <https://www.discovermagazine.com/environment/2019-will-close-out-the-warmest-decade-on-record-for-planet-earth>
- [7] <http://berkeleyearth.org/2019-temperatures/>
- [8] <https://www.germanwatch.org/de/17330>

-
- [9] <https://www.bdf-online.de/aktuelles/news/klimanotstand-im-wald-politik-muss-handeln/>
- [10] [https://www.frankfurt.de/sixcms/detail.php?id=2855&_ffmpar\[_id_inhalt\]=36216014](https://www.frankfurt.de/sixcms/detail.php?id=2855&_ffmpar[_id_inhalt]=36216014)
- [11] <https://www.klimawandel-gesundheit.de/100-medizinexperten-klimawandel-gefaehrdet-die-gesundheit/>
- [12] https://www.rki.de/DE/Content/Infekt/EpidBull/Archiv/2019/Ausgaben/23_19.pdf
- [12] <https://www.land.nrw.de/pressemitteilung/anpassung-den-klimawandel-wie-koennen-massnahmen-zur-klimaanpassung-den-kommunen>
- [13] <https://www.umwelt.nrw.de/umwelt/klimawandel-und-anpassung/klimaanpassung-in-nrw/>
- [14] <https://www.kommunen.nrw/presse/pressemitteilungen/detail/dokument/in-kommunen-wird-klimaschutz-konkret.html>
- [15] https://www.dstgb.de/dstgb/Homepage/Publikationen/StuG%20digital/StuG_0219_Web.pdf
- [16] <https://scilogs.spektrum.de/klimalounge/wie-viel-co2-kann-deutschland-noch-ausstossen/>
- [17] <https://www.bund-nrw.de/publikationen/detail/publication/bund-hintergrund-steinkohlenkraftwerk-datteln-4/>

Datum: 02.02.2020

Name, Vorname: _____

Straße: _____

PLZ/Ort: _____

Unterschrift _____